

Aus der Arbeit der Parteien ABB

Wort gehalten! Keine Steuererhöhungen mit der ABB

ABB-Fraktion hat Bornheimer Doppelhaushalt abgelehnt!

(*) Bedingt durch globale Einflüsse stehen wir in der Verantwortung vernünftig zu haushalten. Wir müssen, um nicht erneut in eine Haushaltssicherung zu geraten, uns gemeinsam für effektive Aufgaben- und Zielerfüllungen einsetzen. Dabei gilt es besonders, den Anspruch einer **Generationsgerechtigkeit** im Auge zu behalten!

Das „NKF-Isolierungsgesetz“ ist **nicht** generationsgerecht. Die Kommunen müssen derzei-

tig, die durch die Pandemie und den Krieg in der Ukraine verursachten Haushaltsbelastungen tabellarisch separat erfassen und getrennt ausweisen, faktisch entsteht damit ein Schattenhaushalt. Diese Belastungen - bei uns in Bornheim waren das Ende 2022 bereits **11,4 Mill.** und nach diesem Doppelhaushalt prognostizierte **33 Mill.** werden als außerordentliches Ergebnis dargestellt. So sieht der kommunale Haushalt

trügerisch gut und ausgeglichen aus. Allerdings sind diese Kredite ab dem Jahre 2026 längerfristig, längstens über 50 (!) Jahre mit Zins und Zinseszins zurückzuzahlen. Das Land NRW hat sich so, per Gesetz, mit Hilfe dieser **Buchhaltungsschliche**, bei unseren Kindern und Enkeln finanziell bedient.

Es sollen für Investitionen in diesem Doppelhaushalt 92 Millionen **neue Schulden** aufgenommen werden.

Warum leisten wir uns mit unserem bestehenden und größer werdenden Schuldenberg so exklusive Bauprojekte wie das „Leuchtturmprojekt“ Gesamtschule Merten in **Holzbauweise**? Ein Prestigeprojekt das trotz der zuletzt deutlich gestiegenen Kosten für Baumaterialien wie geplant umgesetzt werden soll. Geplant waren in 2020 **51,7 Mill.** dann stieg die Summe für Variante 3 auf 68 Millionen und aktuell sind es

prognostiziert **73,5 Mill.**, wobei wir heute realistischerweise eigentlich schon von bis zu **100 Mill.** zzgl. Zinsen ausgehen müssten. Vielleicht wäre ein Neubau in konventioneller Bauweise die bessere Wahl gewesen?

Die ABB fordert, Aufgrund des kommenden Wärmekonzeptes für Bornheim, in dem Wasserstoff eine entscheidende Rolle als CO2 neutrales Ersatzgas spielen wird, jetzt schon eine überarbeitete Planung der gesamten Heizanlage in diesem Neubau. Damit kann die gesamte Erdwärmeplanung gegen eine konventionelle Gasheizung (.....) getauscht werden, hierbei werden viele Millionen eingespart!

Deshalb lehnen wir den Neubau der Gesamtschule in der aktuellen Bauform, den Neubau des Schwimmbades und die Sammelunterkunft für Flüchtlinge wegen der **geplanten Art der Finanzierung** ab. (.....)

Auch bei den Sanierungen an Schulgebäuden werden zu kostenintensive Varianten gewählt, z.B. bei der Bornheimer Grund-

schule. Hier ist durch den zwischenzeitlichen Anstieg des Gaspreises eine geänderte Heizung (Brunnen, Pumpe und Photovoltaik, Dämmung) beim Architekten angefragt worden, das kostet uns mal eben **6 Mill.** mehr, es verdoppelt sich die Sanierung auf **12 Mill.** Der Gasbezugspreis der Versorger liegt mittlerweile bei unter 48 € je MW/h und das sind über 30% unter dem Vorkriegspreis! Mit dieser Erkenntnis könnten wir auf die ursprüngliche Sanierung zurückgehen, die vorhandene Gasheizungsanlage kann weiterbetrieben werden. Zudem die Gasversorgung in den nächsten Jahren längst gesichert ist (.....).

Aus unserer Sicht kann es unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gewerbetreibenden **nicht** zugemutet werden für diese überzogenen Projekte höhere Steuern zu zahlen.

Deshalb lehnen wir eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern auch in diesem Jahr ab. (.....)

Aus unserer Sicht muss Bildung kostenfrei sein. (.....) Wir leh-

nen deshalb Kitabeiträge generell ab. Andere Bundesländer können das.

Wir wollen Anliegerinitiativen unterstützen, die sich gegen Straßenausbaupläne und neue Baugebiete mit nachvollziehbaren Argumenten zur Wehr setzen. Anliegerinitiativen sind wichtig, sie dürfen nicht ins Abseits gedrängt werden. Die Baupläne Ro09, Ro23, Ro25, Me16 Me17 tragen wir weiterhin **nicht** mit.

Wir wollen eine Verkehrspolitik, die alle Verkehrsteilnehmer **gleichberechtigt** behandelt.

Eine grundsätzliche Bevorzugung des Rad-, Bahn- und Busverkehrs zu Lasten des KFZ-Verkehrs ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar.

Wir wollen die volle Kostenübernahme der Aufwendungen der Stadt für Flüchtlinge durch Bund und dem Land NRW, auch für geduldete und anerkannte Flüchtlinge, die mittlerweile in von der Stadt angemieteten Wohnungen leben und Sozialleistungen beziehen.

(*) (.....) Gekürzte Fassung! Komplette Fassung: <https://www.aktivebuergerbornheim.de/>

Paul Breuer

